

Nachrichten der ARL _ 01-02/2020 _ 50. Jahrgang

RÄUMLICHE GERECHTIGKEIT

RÄUMLICHE GERECHTIGKEIT – NEUES
LEITMOTIV FÜR DIE RAUMENTWICKLUNG?
RAUMPLANUNG ALS ARCHITEKTIN SOZIALER
UNGLEICHHEIT

RÄUMLICHE GERECHTIGKEIT UND GETEILTE
VERANTWORTUNG IM GLOBALEN MAßSTAB

DIE VERMESSUNG DER GLEICHWERTIGKEIT

UMWELTBEZOGENE GERECHTIGKEIT

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

SACHSEN: „GLEICH UND UNGLEICH“ ZUGLEICH?

INTERVIEW CLAUDIA NEU

„GESUNDE STRUKTUREN“, „ AUSGEGLICHENE
FUNKTIONSRÄUME“ UND GLEICHWERTIGE
LEBENSVERHÄLTNISSE

KOMMENTIERUNG DER SCHLUSSFOLGERUNGEN
DER KOMMISSION „GLEICHWERTIGKEIT DER
LEBENSVERHÄLTNISSE“

NACHGEFRAGT



Nachrichten der ARL

Herausgeber:

ARL – Akademie für Raumentwicklung
in der Leibniz-Gemeinschaft
Vahrenwalder Straße 247
30179 Hannover
Tel. +49 511 34842-0
Fax +49 511 34842-41
arl@arl-net.de
www.arl-net.de

Redaktion:

Dr. Tanja Ernst (v.i.S.d.P.)

Sprachliches Lektorat:

H. Wegner

Satz und Layout:

Gabriela Rojahn, Oliver Rose

Cover:

Foto: Dr. Martin Sondermann

Druck:

Linden-Druck Verlagsgesellschaft mbH
30453 Hannover

Die Nachrichten der ARL

erscheinen dreimal im Jahr.

Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de

frei verfügbar (Open Access).

CC-Lizenz BY-ND 3.0 Deutschland

Heft 01-02/2020

50. Jahrgang

Auflage: 2300

ISSN 1612-3891 (Print-Version)

ISSN 1612-3905 (PDF-Version)



Inhalt gedruckt auf
100% Recyclingpapier

Bastian Lange, Benedikt Schmid, Martina Hülz, Christian Schulz

COVID-19 UND POSTWACHSTUMSGEOGRAPHIEN

Beobachtungen und Perspektiven

Die Ungewissheit im Umgang mit der Covid-19-Pandemie, aber auch die daraus hervorgehende unverhoffte Dynamik und die Relevanzwirkungen von gemeinwohlorientierten Initiativen sowie Ad-hoc-Allianzen im familiären und nachbarschaftlichen Kontext, wie bspw. Einkaufshilfen oder Gartenmitnutzungen, bieten unserer Auffassung nach eine besondere Gelegenheit, das Potenzial und die Gestaltbarkeit von Wohlstandsalternativen gerade jetzt aufzuzeigen.

Dies ist umso nötiger, als dass sich im Zuge der Wiederbelebung der Wirtschaft zeigt, dass die staatlicherseits vorgetragenen Lösungsvorschläge zur Überwindung der primären (direkt durch das Virus ausgelöst) und sekundären (vor allem wirtschaftlichen und sozialen) Folgen der Pandemie weitgehend in marktwirtschaftlichen und wachstumsbasierten Denkweisen verhaftet bleiben.

Substantielle Stimulierungen von postfossilen Mobilitätsformen oder alternativen landwirtschaftlichen Produktionsformen sind bedauerlicherweise nicht zu erkennen. Und die ohnehin teils zaghaften Ziele des Green Deals der EU werden bereits angezweifelt. Im Gegenzug artikulieren sich aber verstärkt soziale Bewegungen wie z.B. im Umfeld des „Netzwerkes Ökonomischer Wandel“ (NOW), das zukunftsfähige Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auslöst.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der Beitrag zwei Ziele: Zum einen zeigt er die Relevanz postwachstumsorientierter Konzepte und Praktiken im Kontext der durch das Virus ausgelösten Krisen auf und stellt damit ein alternatives Deutungsangebot zur Verfügung. Zum anderen nimmt er die Krise zum Anlass, um postwachstumsorientierte Konzepte und Praktiken auch aus räumlicher Sicht zu aktualisieren und mit Bezug auf die Covid-19-Pandemie zuzuspitzen.

Postwachstumskriterien im Kontext von Covid-19

Vertreter/innen der Postwachstumsdebatte stellen Wirtschaftswachstum als Leitprinzip menschlichen Zusammenlebens infrage und fordern eine reflexive Neuorientierung ökonomischer, politischer und sozialer Institutionen, um ein zeitlich und räumlich gerechtes, nachhaltiges und würdiges (Über-)Leben für alle zu ermöglichen. Das „Post“ vor

Wachstum bezieht sich dabei nicht darauf, was zu tun wäre, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst (Rezession), sondern möchte angesichts der vielfach bereits überschrittenen sozialen und ökologischen Grenzen einen institutionellen Umbau begründen, der die Stabilität sozialökologischer Systeme jenseits des kapitalistischen Wachstumsimperatives ermöglicht.

Postwachstumsansätze befassen sich damit, wie sozialökonomische Verhältnisse ausgestaltet sein müssen, damit sie eben nicht der Krisenhaftigkeit eines wachstumsabhängigen Wirtschaftssystems unterliegen. Hier lassen sich Alternativen beobachten und diskutieren, die über marktfokussierte Lösungsansätze hinausweisen und emanzipatorische Praxen in den Vordergrund stellen. Mit Blick auf Covid-19 ist wichtig, dass Individuen und Bevölkerungsgruppen auf allen räumlichen Maßstabsebenen unterschiedlich von der Pandemie betroffen sind und daher auch die Erfahrungen, Probleme und Auswirkungen höchst heterogen sind. Wir möchten auf die Existenz und Möglichkeit alternativer Organisationsformen, Bewertungen, Lebensstile und Umgangsformen aufmerksam machen, die sowohl im unmittelbaren Umgang mit der Pandemie als auch bei einer Neuorientierung sozialökologischer Verhältnisse gerade für Stadt-, Wirtschafts- und Raumplanung sinnvoll erscheinen.

> Alternative Wertkreisläufe und die Rolle solidarischer Netzwerke

Angesichts des Versagens (unregulierter) Märkte im Kontext der Krise treten alternative Formen der Steuerung und Allokation hervor. Maßnahmen, die von tiefgreifenden staatlichen Eingriffen bis hin zu Nachbarschaftshilfe, solidarischen Netzwerken, Tausch- und Schenkökonomien reichen, zeigen, dass Märkte als Allokationsmechanismus weder krisensicher noch alternativlos sind. Mit dem allgemeinen Ruf nach Solidarität und Rücksicht auf Mitmenschen hat sich in der Lockdown-Phase der Pandemie eine Vielzahl von Wirtschaftsbeziehungen herausgebildet, die nicht nach den Gesichtspunkten Gewinnmaximierung, Konkurrenz und Egoismus funktionieren.

> Suffizienz, Zeitwohlstand und das Gute Leben

Unter dem Begriff der Suffizienz wird für eine Genügsamkeit, die explizit kein Verzicht ist, plädiert. Im Zuge der Krise müssen viele Menschen mit weniger auskommen – und das reicht vom Luxuskonsum wie einer Weltreise bis hin zur fehlenden Befriedigung fundamentaler Bedürfnisse für jene, die in diesen Zeiten um ihre Existenz, Würde, Gesundheit und ihr körperliches Wohlbefinden kämpfen müssen.

> Lokale Produktion und regionale Wertschöpfung

Bereits vor der globalen Ausbreitung des Sars-CoV-2-Virus wurde deutlich, welchen Abhängigkeiten weltweite Handels- und Wirtschaftsbeziehungen durch komplexe transnationale Liefer- und Wertschöpfungsketten unterworfen sind. Postwachstum fordert eine Reflexion darüber, welche lokalen, regionalen und globalen Wertkreisläufe ökologisch und sozial sinnvoll sind. Inspiration bieten auch (teil-)autonome *peer-to-peer*-Produktions- und Distributionsnetzwerke, die dynamisch auf die Pandemiesituation reagieren.

> Der Wert von Arbeit und Unternehmen

Während sich zahlreiche Freiwillige in selbstorganisierten Netzwerken zusammenfinden, um unentgeltlich einen wichtigen Beitrag zu leisten, fließen die staatlichen Soforthilfen umfänglich an große Unternehmen und international operierende Konzerne. Nicht antragsberechtigt hingegen sind Unternehmen, die nicht dauerhaft am Markt tätig sind. Autonome *peer-to-peer*-Produktions- und Distributionsnetzwerke von Tauschbörsen bis Foodsharing arbeiten also nicht nur umsonst, sie erhalten in der Regel auch keine Unterstützung für ihre Materialausgaben.

Besonders deutlich tritt hier die Problematik eines auf Lohnarbeit verengten Arbeitsbegriffs hervor, der Sorge- und Care-Arbeit ebenso ausklammert wie jegliche Formen des Tätigseins, die keinen marktwirtschaftlichen Mehrwert erzeugen.

Neben der häuslich organisierten Kranken- und Altenpflege ist in der Krise durch Schul- und Kitaschließungen auch die Bedeutung der vermehrt weiblichen Erziehungsarbeit offenkundig geworden. Die zusätzliche Belastung betraf – ähnlich wie andere Sorgearbeit – in aller Regel Frauen stärker als Männer und führte zur Verschärfung ohnehin bestehender Ungleichheiten.

> Ökologische Krisen und staatliche Interventionen

Leere Straßen, klare Kanäle, blauer Himmel, ruhige Städte und Landschaften und eine Verlangsamung des globalen CO₂-Ausstoßes – bei allen durch die Krise verursachten Problemen hat diese mancherorts zumindest kurzzeitig gezeigt, wie eine Welt mit weniger Hektik, Alltagspflichten und Luftverschmutzung aussehen könnte. Eine Welt, in der Nachhaltigkeit als Eigenwert anerkannt wird und die sich nicht einem ständigen Wirtschaftswachstum unterordnen muss.

Dabei wirft jedoch die umfassende staatliche Mobilisierung von finanziellen, administrativen und diskursiven Ressourcen die Frage auf, ob sich diese erstaunlich schnelle Steuerungskraft nicht ebenso auf diffusere, aber nicht minder gefährliche Krisen übertragen ließe, wie z.B. auf den Klimawandel oder das Artensterben? Die Trägheit und Langsamkeit des nötigen Wandels in den vergangenen Jahren hat seit der Pandemie als Argument ausgedient. Aus Postwachstumsperspektive braucht es (endlich) eine Anerkennung der wissenschaftlich belegten Dringlichkeit ökologischer Krisen, die in ein entschiedenes Umsteuern politischer und wirtschaftlicher Prozesse führt.

Emanzipatorische Transitions- und Transformationsprozesse

Die vielseitigen Alternativen laden dazu ein, den Blick darauf zu richten, welche Lern- und Steuerungserfahrungen aus der aktuellen Krise in die Übergangsphasen der Zeit nach dem Pandemie-Peak mitgenommen werden können. Alternative Diskurse und Praktiken, die bereits vor der Pandemie in und durch emanzipatorische Gruppen und Bewegungen umgesetzt wurden, haben neue Bedeutungen und Dynamiken erlangt.

Betrachtet man regional, aber auch europäisch differenzierte Steuerungspraktiken bei der Bewältigung der Pandemie, so fördern sie interessante Beobachtungen zutage: Zum Beispiel sind vor allem in Großstädten experimentelle Mobilitätsformen schnell implementiert worden, für die es sonst Jahre gebraucht hätte, wie bspw. *pop-up*-Radwege.

Des Weiteren wurden unterschiedliche ökonomische Austauschbeziehungen aktiviert, die bereits zuvor existiert haben, jedoch im Zuge der Krise auf besondere Weise relevant wurden: Lokale Einkaufsgemeinschaften haben neue Vertriebswege für landwirtschaftliche Produkte aus dem Stadtumland geschaffen, Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe wurden vielerorts von Stadtteilinitiativen unterstützt und haben Zuspruch aus der Bevölkerung erfahren. Lange Lieferfristen etablierter Online-Händler haben diese neuen Vertriebswege zusätzlich befördert.

Zudem sind neue multilokale Homeoffice-Praktiken eröffnet worden, die vielleicht noch Fragen rechtlicher Regulation nach sich ziehen, aber auch die Zweifel hinsichtlich der Effektivität der translokalen Kommunikation eingrenzen.

Neben diesen nähräumlichen Betrachtungen und meist lokalen und zivilgesellschaftlichen Problemlösungsansätzen hat die Pandemie jedoch auch innerhalb etablierter, marktbasierter Wirtschaftszweige kritische Diskussionen nicht nur über globale Produktionsketten und deren Lieferzuverlässigkeit ausgelöst.

Auch die Debatte um den grundsätzlichen Aufbau unserer Produktionssysteme, die Kurzlebigkeit von Produktzyklen (etwa in der Bekleidungs- und Elektronikindustrie) sowie die Resilienz von Versorgungssystemen (Obst- und Gemüseimporte aus dem Mittelmeerraum; angeblicher „Fleischmangel“ in den USA) hat an Fahrt aufgenommen.

Sie zeigt – gerade im Bereich der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit – durchaus Bezüge zu altbekannten Diagnosen und Forderungen der Umweltbewegung.

Die Bewältigung der skizzierten Probleme wird lokal und regional unterschiedlich ausfallen, sodass sich geographische Unterschiede mehr ausdifferenzieren. Damit ist die aktuelle Entwicklung nicht nur ein spannender Gegenstand für die Geographie und die Raumwissenschaften, sondern auch eine praktische Frage, ob und wie postpandemische Bedingungen und Postwachstumsprozesse zu einem bewältigbaren Gesamtpaket an regional unterschiedlichen Gestaltungsansätzen führen.

Dabei werden experimentelle Haltungen benötigt, die bis dato im Bildungsbereich nur selten positiv bewertet, geschweige denn offensiv gelehrt und praktiziert werden. Vor diesem bildungs- und wissensökonomischen Hintergrund wäre es aus unserer Sicht wichtig, in der aktuellen Einordnung der Pandemie und ihrer Ursachen neben der stoffstromlichen Sicht auf Umwelt, Konsum, Klimaeffekte, Artenvielfalt, CO₂-Emissionen, Umweltgerechtigkeit u. a. auch eine bildungspolitische und wissensbasierte Debatte zu den aktuellen Hoffnungen auf ein Mehr an Postwachstum zu führen.

Die vorliegende Positionierung stellt eine gekürzte Fassung des aktuellen Beitrags der Herausgebenden des Sammelbandes „Postwachstumsgeographien“ dar. Die Langfassung des Textes wurde in der neuen Rubrik „Themendossiers“ veröffentlicht, die sich auf der ARL-Webseite unter dem Menüpunkt „Forschung“ befindet:

<https://www.arl-net.dwe/de/postwachstum>.

Kontakt:

DR. MARTINA HÜLZ

Leiterin des Referats „Wirtschaft und Mobilität“ in der Geschäftsstelle der ARL

Tel. +49 511 34842-28

huelz@arl-net.de